

Abteilung Kommunikation

PRESSEDIENST

21. Oktober 2022

OB Nopper plädiert für den Erhalt der heimischen Kulturlandschaft und der regionalen Nahversorgung – Europa-Abgeordnete sollen geplante Verordnung zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln nachbessern

Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper kritisiert eine von der EU-Kommission geplante Verordnung, die ein vollständiges Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzzonen sowie in urbanen Gebieten vorsieht. Er wandte sich in einem Brief an die drei EU-Abgeordneten aus der Region Stuttgart und forderte sie auf: "Wirken Sie darauf hin, dass der Entwurf der EU-Kommission für eine Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln so angepasst wird, dass Landwirtschaft und Weinbau auch zukünftig in Stuttgart wirtschaftlich möglich sind." Stuttgart müsse eine Stadt mit landwirtschaftlichen Nahversorgern und eine Stadt des Weinbaus bleiben.

Nopper erklärte, er halte es für richtig, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kritisch zu hinterfragen. Aber die EU-Kommission schlage offensichtlich ein vollständiges Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Schutzzonen und urbanen Gebieten vor. Nach Einschätzung von Fachleuten würde dies dazu führen, dass auf einem großen Teil der Stuttgarter Rebflächen und auf über einem Drittel der Ackerflächen keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürften. Damit wäre eine ökonomisch sinnvolle Bewirtschaftung derartiger Flächen nicht mehr möglich. Die Aufgabe von Weinbaubetrieben sowie von anderen landwirtschaftlichen Betrieben wäre die Folge und der Erhalt der heimischen Kulturlandschaft und die Versorgung mit regionalen Produkten in Gefahr.

In Stuttgart gibt es 183 landwirtschaftliche Betriebe, die fast 2 500 Hektar und damit zwölf Prozent der Stuttgarter Gemarkungsfläche bewirtschaften. Auf knapp zwei Prozent der Gemarkungsfläche wird Wein angebaut. Als einzige deutsche Großstadt hat Stuttgart ein eigenes städtisches Weingut und ein stadteigenes Weinbaumuseum.
